

Liestal. In den vergangenen Tagen wurde das Baselbiet von einer Welle von Enkeltrick-Betrugsfällen heimgesucht. Die Täter suchen sich dabei Opfer, die sich kaum wehren können – viele leiden an Demenz. **Seite 40**

Regierung soll besser kontrollieren

Nach der Aufgabenüberprüfung von 2005 ist zu wenig gespart worden, findet Kommission



Genauer hinschauen. Der Baselbieter GPK-Präsident Hanspeter Weibel (SVP, rechts) will die Regierung mit Finanzdirektor Adrian Ballmer (FDP, links) stärker in die Pflicht nehmen.

Fotos Henry Muchenberger, Roland Schmid



Nicht das erste Mal geflüchtet

Der Amokfahrer entwich schon 2011 – zur Polizei

Von Mischa Hauswirth

Basel. Es ist nicht das erste Mal, dass der 27-jährige Mazedonier aus der Obhut der Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) entwich. Dies berichtet Telebasel im jüngsten «Report». Der stark verwirrte Mann habe sich im Sommer vergangenen Jahres bei einem von der Klinik organisierten Spaziergang in der Basler Innenstadt unbemerkt von der Gruppe entfernen können. Die Betreuungspersonen hätten danach nicht gewusst, wo sich der Psychiatriepatient befunden habe, heisst es im Bericht.

Marc Graf, Chefarzt der Forensischen Klinik in der UPK, bestätigt den Vorfall: «Der Mann hat sich bei einem Gruppenausgang entfernt, um direkt zum nächsten Polizeiposten zu gehen und sich über die Behandlung in den UPK zu beschweren. Die Polizei hat den Patienten dann zurück in die Klinik gebracht.» Der Amokfahrer habe mehrere solche Ausgänge mitgemacht, dabei sei aber nie etwas passiert, sagt Graf.

Zweimal ins Gefängnis

In der Vergangenheit veränderten sich die Therapiebedingungen für den 27-Jährigen mehrere Male, je nachdem wie ausgeprägt seine Schizophrenie sich zeigte. Von Lockerungen bis Verschärfungen war alles dabei. «Zwei Mal haben wir ihn für ein Timeout ins Gefängnis geschickt», sagt Graf.

Der Mann ist nach wie vor nicht einvernahmefähig. Warum, kann Graf nicht sagen. Möglich sei eine strategische Verweigerung der Aussagen oder eine krankheitsbedingte Unfähigkeit. «Ob jemand einvernahmefähig ist, entscheidet die Polizei und nicht der Arzt, denn es handelt sich hier um eine juristische Güterabwägung.»

Der 27-Jährige ist am Dienstag vergangener Woche aus der UPK abgehauen, hat ein Auto geraubt und mit dem Fahrzeug eine Velofahrerin getötet und sieben Menschen verletzt, drei davon schwer.

Von Thomas Gubler

Liestal. Das Timing der Publikation stimmt. Mehr Aufmerksamkeit als unmittelbar vor den Schlussabstimmungen über die Massnahmen des Entlastungspakets 12/15 von heute Donnerstag hätte die Geschäftsprüfungskommission (GPK) mit ihrem Anliegen wohl kaum erreichen können. Denn auch bei diesem geht es um eine Sparübung, allerdings um eine, die schon ein paar Jahre zurückliegt – die Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) aus dem Jahr 2005. Auf 134,8 Millionen Franken war das GAP-Entlastungsvolumen damals veranschlagt worden. Tatsächlich sollen aber nur etwa zwei Drittel davon realisiert worden sein – nämlich 41 Millionen weniger gemäss regierungsrätlicher Lesart beziehungsweise 48 Millionen Franken laut GPK.

Die Kommission unter Präsident Hanspeter Weibel (SVP) möchte aus dieser Situation Konsequenzen ziehen, um zu vermeiden, dass dem Entlastungspaket 12/15 mit einem Entlastungspotenzial von 180 Millionen Franken ein ähnliches Schicksal blüht. Und

so gesehen dürfte der Publikationszeitpunkt kurz vor der zweiten Lesung kaum zufällig gewählt worden sein.

Konsequentes Controlling nötig

Erst einmal stellt die GPK fest, dass die Regierung keinen Abschlussbericht zu den GAP-Massnahmen erstellen liess. Aus diesem Grund sei es auch schwierig, «rückblickend die Wirksamkeit und die Umsetzung der einzelnen Massnah-

«Was an Sparpotenzial nicht realisiert wird, schleppen wir weiter und verdoppeln es.»

Hanspeter Weibel

men zu beurteilen und deren Wirkung zu quantifizieren». Dass aber Projekte mit Umfang, Wirkung und Volumen dieser Grössenordnung begleitet und deren Realisierung überwacht werden, erachtet die GPK als «absolute Notwendigkeit». Gerade wenn Mitarbeitende aller Stufen gefordert würden, müsse Gewähr dafür bestehen, dass beschlos-

sene Massnahmen auch auf allen Stufen konsequent umgesetzt werden. Die Geschäftsprüfungskommission schlägt daher vor, dass bei allen vom Landrat bewilligten Projekten ein «konsequentes Projektcontrolling» geführt wird.

Ab einer gewissen Grössenordnung sei zudem in einem Schlussbericht an den Landrat festzuhalten, wie das Projekt insgesamt sowie bezüglich Wirkung und Aufwendungen zu qualifizieren ist. Denn, so GPK-Präsident Hanspeter Weibel, «was an Sparpotenzial nicht realisiert wird, schleppen wir weiter mit uns und verdoppeln es dabei».

Korrekturen durchs Stimmvolk

Grund für die doch einigermaßen hoch erscheinende Differenz von beschlossenen und umgesetzten Massnahmen ist nicht einfach, dass sich Regierung und Verwaltung renitent in der Umsetzung gezeigt hätten. Das zeigt allein schon die Tatsache, dass Roger Wenk, Abteilungsleiter Finanz- und Volkswirtschaft in der Finanz- und Kirchendirektion, den GPK-Bericht als «in den Grundlinien korrekt» bezeichnet. Der grösste Teil – nämlich 16,3 Mil-

lionen Franken – der nicht realisierten Sparmassnahmen geht dann auch auf das Konto nachträglicher Korrekturen durch Landrat und/oder Volk. Darunter fallen etwa die Volksentscheide über die Aufteilung der Lehrmittelkosten, der Kosten für schulpädagogische Dienste und der Beiträge an Privatschulen sowie der Umstand, dass der geplante Verzicht auf den Teuerungsausgleich entfiel. Das wird von der GPK auch anerkannt.

Anderer Ansicht als die Regierung ist die Kommission jedoch bei den sogenannten Querschnittsmassnahmen mit einem Potenzial von elf Millionen. Diese seien, so die GPK, damals von der Regierung nicht mehr weiterverfolgt worden. Wogegen Roger Wenk darauf hinweist, diese seien nur in der allerersten GAP-Vorlage quantifiziert gewesen, später aber nicht mehr. Die Vermutung liegt hier nahe, dass die GPK damit auf die noch etwas vagen direktionsübergreifenden Projekte wie Verwaltungsreorganisation, Neuverhandlung von Staatsverträgen mit Basel-Stadt, die sogenannten Ü-Massnahmen im Entlastungspaket 12/15, abzielt und deren Realisierung anmahnen möchte.

Polizei will mehr Lenker auf Alkohol überprüfen

Trunkenheit am Steuer war im Jahr 2011 die zweithäufigste Unfallursache

Von Mischa Hauswirth

Basel. Die Kantonspolizei Basel-Stadt spricht von einer «erfreulichen Unfallstatistik 2011». Erstmals sei die Zahl der Verkehrsunfälle unter 1000 gefallen. Im vergangenen Jahr hat die Polizei ihre Alkoholkontrollen bei Verkehrsteilnehmern deutlich erhöht. Wurden im Jahr 2010 rund 7000 Lenker auf Alkohol ge-

testet, so waren es im 2011 gut 24000. «Wir werden versuchen, die Kontrolltätigkeit weiter zu intensivieren», sagt Bernhard Frey Jäggi, Chef der kantonalen Verkehrspolizei.

Gemäss Frey Jäggi sei das Risiko, in eine Alkoholkontrolle zu geraten, immer noch zu klein, und wenn ein Umdenken stattfinden soll, so müsse man bei der Kontrolldichte ansetzen. Die Überprüfung auf Alkohol sei in den vergangenen Jahren zu wenig intensiv betrieben worden, sagt Frey Jäggi.

Dass die Polizei beim Alkohol ansetzt, hat einen bestimmten Grund: Trotz des generellen Rückgangs der Verkehrsunfälle ist Alkohol hinter der Missachtung des Vortrittsrechts die zweithäufigste Unfallursache. 91 Mal kam es vergangenes Jahr wegen Alkohol zum Unfall.

Rückläufige Unfallzahlen

Die Verkehrspolizei verzeichnet in allen Bereichen einen Unfallrückgang. Mit insgesamt 948 Fällen ging die Zahl im Vergleich zum Vorjahr (1153 Fälle)

um 18 Prozent zurück. Damit setze sich der seit Jahren anhaltende Trend zu rückläufigen Unfallzahlen fort, teilte die Verkehrspolizei Basel-Stadt gestern mit. Zum Vergleich: Im Jahr 2000 verzeichnete die Polizei noch 2340 Verkehrsunfälle.

2011 gab es auch weniger Todesopfer und Verletzte auf den basel-städtischen Strassen. Drei Menschen starben infolge eines Verkehrsunfalls, 2010 waren es vier – ein 20-Jähriger geriet beim Badischen Bahnhof unter Tram, eine Velofahrerin verunglückte am Wasgenring tödlich und ein 28-Jähriger wurde auf einem Fussgängerstreifen in der Burgfelderstrasse überfahren.

Gegen eine Million Fahrzeuge (960 000) wurden vergangenes Jahr im Rahmen einer Geschwindigkeitsüberprüfung erfasst, das sind deutlich mehr als 2010, als 743 000 Fahrzeuge gemessen wurden. Die Steigerung habe zwar zu einer Erhöhung der festgestellten Übertretungen geführt, aber auch zu einer Abnahme der geschwindigkeitsbedingten Unfälle, schreibt die Polizei.

Die positive Entwicklung in der Unfallstatistik habe verschiedene Gründe. Einerseits mache sich die Verkehrserziehung in den Schulen bemerkbar, andererseits würden sich die Kontrollen und die Reduktion der Unfallschwerpunkte von 49 auf sieben auswirken, sagt Frey Jäggi.

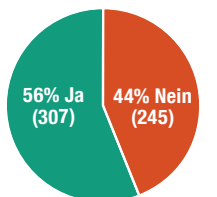
Fussgängerstreifen im Fokus

Für das laufende Jahr hat die Verkehrspolizei eine neue Aktion geplant. Im Fokus stehen die Fussgängerstreifen in der Stadt und auf den Kantonsstrassen von Riehen und Bettingen. Diese im Fachjargon als «Road Safety Inspection» bekannte systematische Überprüfung wird in der Schweiz erstmals durchgeführt, in Basel läuft gewissermassen das Pilotprojekt.

Eine weitere Kampagne gilt dem unbedachten Öffnen von Autotüren, das vergangenes Jahr zu 26 Unfällen führte. Zudem will die Polizei weiterhin ein Auge auf die Missachtung des Rotlichts und das Telefonieren im Auto ohne Freisprechanlage haben.

Frage des Tages

Das Ergebnis der Frage von gestern: Bauen die Gemeinden zu viel Schulraum?



Soll die Polizei mehr Alkoholtests machen?

Alkohol am Steuer ist die zweithäufigste Unfallursache, stellte die Basler Polizei bezüglich 2011 fest (auf dieser Seite). Deshalb soll es mehr Alkoholkontrollen geben. Ist das richtig? www.baz.ch

ANZEIGE

Wenn Sie beruflich etwas erreichen wollen – die Klubschule Business eröffnet neue Perspektiven!

Zum Beispiel:

Personal Trainer

Start 20. September 2012
96 Lektionen

Beratung und Anmeldung unter:
058 575 87 00 oder
www.klubschule.ch/business

klubschule
business
MICROS

Raksha = schützende Verbindung
Die neue Kollektion ist da!
Armbandkollektion mit der besonderen Bedeutung.
100% Seide, Unikate, handmade
il Vicolo
Pfluggässlein 5, Basel
www.ilvicolo.ch, 061 261 54 59

Schweiz

Irritierend. Gesundheitsminister Alain Berset verstimmte Vertreter der Krankenkassen und Konsumenten. Die Pharmaindustrie droht derweil mit Klagen gegen sein Vorgehen. **Seite 4**

International

Sieger. Nach seinem Sieg im Staat Illinois bleiben Mitt Romneys Mitbewerber kaum mehr Chancen. **Seite 9**

Parteiverbot. Anti-Rassismus-Aktivistin Anetta Kahane findet die Aufregung ums Verbot der NPD «absurd». **Seite 9**

Proteste. Der Umgang mit Vergewaltigungsoffern treibt in Marokko Frauen auf die Strasse. **Seite 11**

Wirtschaft

Migros Basel. Beim Detailhändler harzt der Deutschland-Ausbau. In der Region stehen Investitionen an. **Seite 15**

La Roche & Co Banquiers. Zu ihrem 225. Geburtstag stellt die älteste Basler Bank ihre Jubiläumsschrift vor. **Seite 17**

Basel

Starke Frau. Die Wirtin Caroline Haerdi war jahrelang Europas einzige Messerwerferin und Feuerschluckerin. **Seite 35**

Schnitzelbänkler. Wer sich einmal als Bänkler versuchen will, kann einen Schnupperabend besuchen. **Seite 38**

Betrüger. Enkeltrickbetrüger treiben ihr Unwesen in der Region. Gefährdet sind besonders demente Personen. **Seite 40**

Kultur

Festival. Seit 15 Jahren findet die BScene in Basel statt – Anlass für einen gründlichen Check. **Seiten 45, 53**

Unschärfe. Die Ursula Blickle Stiftung in Kraichtal-Unteröwisheim (D) zeigt eine Einzelschau Tobias Spichtigs. **Seite 46**

Wetter

Region. Wolken sind heute den ganzen Tag Mangelware. Von morgens früh bis spät nachmittags gibt es strahlenden Sonnenschein und die Temperaturen steigen auf 18 Grad. **Seite 44**

www.baz.ch

Online. Heute Abend wählt die SVP Baselland den Nachfolger ihres zurücktretenden Präsidenten Dieter Spiess. Wir berichten direkt von der Generalversammlung der Partei.



ANZEIGE

Individuell. Für alle.

Wir sind für Sie auch im Notfall da.

Notfall für Erwachsene
24 Stunden an 366 Tagen.
Tel. **061 705 77 77**

Ita Wegman Klinik
Arlesheim
www.wegmanklinik.ch

Blocher pocht auf Immunität

Strafrechtsprofessor Daniel Jositsch erwartet keine Anklage

Von Beni Gafner und Thomas Lüthi

Bern. Nationalrat Christoph Blocher hat gestern seine Sicht der Dinge über die Hausdurchsuchungen in seinen Räumlichkeiten vom Dienstag dargelegt. Von Interviewanfragen überhäuft, erklärte er stellvertretend im Internet-TV Teleblocher, er vermute hinter der Aktion der Zürcher Staatsanwaltschaft politische Motive. Politiker hätten Druck auf die Zürcher Strafbehörden ausgeübt, damit diese endlich etwas gegen ihn unternehmen würden.

Blocher wiederholte Aussagen von früher, wonach er keine originalen Bankdokumente besitze. Nach den Schilderungen des Zürcher SVP-Nationalrats wurde er vom Vertreter der Staatsanwaltschaft dazu animiert, «etwas zu unterschreiben», was er nicht tat, «solange mein Anwalt nicht anwesend war». Schliesslich unterschrieb Blocher

das Durchsuchungsprotokoll mit Vorbehalt. Er kam nach eigener Schilderung am Dienstag um 14.30 Uhr von Zürich her in sein Männedorfer Büro. Im Sekretariat hätten fünf Männer gestanden – ein Staatsanwalt und vier Polizisten. Gleichzeitig waren zwei Staatsanwälte und zwei Polizisten in seinem Privathaus in Herrliberg.

Kein freiwilliger Verzicht

Vorerst versiegelt wurden die mitgenommenen Unterlagen zum Fall Philipp Hildebrand, des wegen privaten Devisenhandels zurückgetretenen Nationalbankpräsidenten. Dies war der Hintergrund für die Polizeiaktion vom Dienstag. Die Ermittler dürfen diese Unterlagen erst verwenden, wenn die zuständige Nationalratskommission über die Aufhebung der Immunität Blochers entschieden hat. Der Volksvertreter will auf seine Immunität nicht freiwillig verzichten,

weil diese im vorliegenden Fall «sehr wichtig» sei. Ein Bürger müsse einen Nationalrat informieren dürfen. Wenn dieser dann handle, dürfe er dafür nicht bestraft werden.

Strafrechtsprofessor und SP-Nationalrat Daniel Jositsch glaubt nicht, dass es gegen Christoph Blocher je zu einer Anklage kommen wird. Er attestiert dem SVP-Mann, lauter gehandelt zu haben, alsermit den vertraulichen Informationen über Devisentransaktionen von Ex-Nationalbankpräsident Hildebrand zur damaligen Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey gegangen ist. Allerdings kann sich Blocher nach Ansicht von Jositsch nicht auf parlamentarische Immunität berufen. Denn die Weitergabe der Bankdaten stehe nicht in direktem Zusammenhang mit dem Nationalratsmandat Blochers. Fragwürdig findet es Jositsch, wenn dieser juristische Fall jetzt politisch ausgeschlachtet wird. **Seiten 2, 3**

Der FCB steht im Cup-Halbfinal

Klarer 5:2-Sieg über Lausanne

Basel. Die Chancen, dass der FC Basel am 16. Mai im Berner Stade de Suisse Part des Schweizer Cupfinals sein wird, sind weiterhin intakt. Der Schweizer Meister setzte sich im Viertelfinal gegen das gleichklassige Lausanne vor nur 8028 Zuschauern im St.-Jakob-Park mit 5:2 (1:1) durch. Im Halbfinal trifft das Team von Heiko Vogel am 11. April auswärts auf den B-Ligisten FC Winterthur.

Massgeblichen Anteil am Basler Heimsieg hatte Stürmer Marco Streller: Der Captain leistete bei allen Toren seinen Beitrag – zwei erzielte er gleich selbst. Die drei anderen Treffer der Rotblauen gingen auf das Konto von Alex Frei, Fabian Frei sowie von Laannes Guillaume Katz (Eigentor). Die Gastgeber, die in Bestbesetzung angetreten waren, dominierten das Geschehen über weite Strecken der Partie. Erst nach dem Seitenwechsel gelang es dem FCB jedoch, sich spürbare Vorteile zu verschaffen. **dw Seiten 28, 29, 30**

Mörder liefert sich Nervenkrieg mit der Polizei

Sondereinheiten belagern das Wohnhaus des bekennenden Al-Qaida-Mitglieds in Toulouse

Toulouse. Zermürbungstaktik gegen den mutmasslichen Serienmörder von Toulouse: Ein Sonderkommando der französischen Polizei hat einen 23-jährigen Franzosen in einem Mietshaus in Toulouse gestellt. Die nervenaufreibende Belagerung begann am Mittwoch in den frühen Morgenstunden und dauerte gestern Abend weiter an. Offensichtlich setzten die Elitepolizisten darauf, dass der Mann irgendwann erschöpft aufgibt oder mit wenig Risiko überwältigt werden könnte.

Zu Beginn des Einsatzes hatte er mit automatischen Waffen auf Polizisten gefeuert, die sich der Wohnung näherten, und zwei von ihnen verletzt. Im Austausch gegen ein Telefon übergab er der Polizei später einen Colt – die mögliche Tatwaffe bei den Morden an insgesamt sieben Menschen in Südfrankreich in den vergangenen Tagen.

Bei dem Verdächtigen, den die Polizei über Spuren im Internet ausfindig gemacht hatte, soll es sich um einen dem Terrornetz Al-Qaida nahestehenden Extremisten namens Mohamed Merah handeln. Im Telefonkontakt mit der Polizei habe er zugegeben, einen weiteren Anschlag gegen einen Soldaten geplant zu haben. Auch habe er zwei Polizisten töten wollen. Der Franzose algerischer Herkunft soll in Toulouse und Umgebung drei Soldaten sowie bei seinem Anschlag auf eine jüdische Schule drei jüdische Kinder und einen Rabbiner erschossen haben. **DPA Seite 2**



Umzingelt. Sondereinheiten der Polizei vor dem Haus des verschanzten mutmasslichen Terroristen von Toulouse. Foto Keystone

Sparprogramm nicht umgesetzt

Projektkontrolle gefordert

Liestal. Termingerech zur zweiten Lesung des Baselbieter Entlastungspakets 12/15 von heute Donnerstag im Landrat rügte die Geschäftsprüfungskommission eine ungenügende Umsetzung der Massnahmen, die das Kantonsparlament einst im Rahmen der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) von 2005 beschlossen hatte. Statt des ursprünglich angestrebten GAP-Sparpotenzial von 134,8 Millionen Franken, seien nur gerade zwei Drittel davon, beziehungsweise über 40 Millionen Franken weniger realisiert worden.

Als Konsequenz daraus und vermutlich auch im Hinblick auf die Realisierung der bevorstehenden Sparmassnahmen fordert die Geschäftsprüfungskommission von der Regierung, dass künftig alle vom Landrat bewilligten Projekte einem «konsequenten Projektcontrolling» unterzogen werden. **Gu Seite 31**

Bürgerliche attackieren SP

Die Partei sei wirtschaftsfeindlich

Basel. Der Entscheid der Sozialdemokraten, das Referendum gegen die Senkung der maximalen Unternehmensgewinnsteuer zu ergreifen, löste eine Welle der Kritik aus. So warfen CVP, FDP und LDP der grössten Basler Partei vor, sie gefährde den Wirtschaftsstandort. Die Vorlage ermögliche es, den Anschluss an das schweizerische Mittelfeld zu finden und mit Zürich oder Bern gleichzuziehen. Mit ihrem Kampf gegen diese Steuersenkung riskiere die SP den Verlust von Arbeitsplätzen und den Wegzug von Grossfirmen, kritisiert auch die SVP in einer Mitteilung. Das gefährde die Zukunft des Kantons. Dass die SP zusammen mit BastA! und den Jungsozialisten die Steuersenkung bekämpft, ist aber auch parteiintern umstritten. So haben am Dienstagabend zehn Vorstandsmitglieder gegen das Referendum gestimmt, 17 dafür. **daw Seite 33**

Wenn die Lust zum Leid wird

Ein Film über Sexsucht

Exzessiv. Je potenter, desto cooler – das würde man zumindest meinen. Männer, so der Volksmund, denken ständig an Sex und sollten es möglichst viel und möglichst lange können.

Sexuelles Hochleistungstreiben kann aber auch ins Triebhafte kippen, nämlich dann, wenn Sex zum Zwang wird. Sexsucht ist eine Krankheit, über die wenig bekannt ist. Viele Menschen wissen nicht einmal, dass sie süchtig sind, sagt Sexualtherapeutin Gabriela Kirschbaum im Interview mit der BaZ. Betroffene verlieren sich in erotischen Fantasien, Pornografie, Selbstbefriedigung und Prostitution. Darunter leiden Partnerschaft, Job und Freundschaften.

Der Wahnsinn kann so weit gehen, dass der Süchtige zusammenbricht. Das passiert dem Protagonisten im aktuellen Film «Shame» von Regisseur Steve McQueen. **afo Seite 47**

ANZEIGE

Tag der offenen Tür

Do, 22. März 2012, 8.30 bis 15.00 Uhr

Erleben Sie mit Ihren Kindern und Freunden den Schulalltag in unseren Tagesschulen.

Minerva Kindergarten- und Primarstufe
Bürgerliches Waisenhaus
Theodorskirchplatz 7, CH-4058 Basel
Tel. +41 (0)61 683 96 01

Minerva Sekundarstufe I
Wildensteinerhof
St. Alban-Vorstadt 32, CH-4052 Basel
Tel. +41 (0)61 278 98 88

www.minervaschulen.ch

Vorteil MINERVA
Die Schule der Zukunft